

Großveranstaltungen: Schützenverbände bei NRW Innenminister Jäger

Am 2. Februar 2011 waren die Vertreter der großen Schützenverbände in NRW zum Gespräch beim Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen Ralf Jäger eingeladen. Von Seiten des Sauerländer Schützenbundes nahmen Bundesoberst Karl Jansen und Major Hans-Werner Beule (Vorsitzender der St. Hubertus-Schützenbruderschaft Brilon und Ausrichter des Bundesschützenfestes 2010) teil.

Nach der Love-Parade in Duisburg hatte dieser durch seinen Erlass zu erheblichen Verunsicherungen bei der Genehmigung von Veranstaltungen geführt. Die Verbände hatten den Minister mit folgendem gemeinschaftlichen Schreiben angeschrieben:

„Sehr geehrter Herr Innenminister Jäger, Im Kontaktkreis der Schützenverbände in NRW sind die sechs großen o.a. Verbände zusammengeschlossen um gemeinsame Interessen zu vertreten. Die Verbände repräsentieren hierbei rund eine Million Mitglieder in NRW.

Das tragische Unglück bei der Love-Parade in Duisburg hat die Aufmerksamkeit der Behörden verstärkt auch auf die Veranstaltungen der Brauchtum treibenden Vereine und Verbände gelenkt. Wie in Ihrem Erlass vom August 2010 zum Ausdruck gebracht, ist der Sicherheit der Teilnehmer und Zuschauer höchste Priorität einzuräumen. In diesem Bemühen stimmen wir mit Ihnen völlig und vorbehaltlos überein.

Zurzeit fehlen noch die entsprechenden landeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften. Dies führt dazu, dass Ordnungsbehörden und Polizei auch bei seit Jahrzehnten unbeanstandet durchgeführten Traditionsveranstaltungen offensichtlich völlig über das Ziel hinausschießen. Es hat für uns den Anschein, als wären die betroffenen Dienststellen äußerst verunsichert.

Es ist bereits jetzt zu einer ganzen Reihe fragwürdiger Vorschriften gekommen, die der tatsächlichen Größe der jeweiligen Veranstaltung, z. B. unsere Festumzüge, nicht angemessen schienen.

Wir befürchten, dass es durch die sich abzeichnenden überzogenen Vorschriften der betroffenen Dienststellen zukünftig verstärkt zu Problemen kommen wird und in der Folge kaum noch Festzüge und andere Brauchtumsveranstaltungen durchgeführt werden können. Viele kleine Vereine werden gar nicht in der Lage sein, die Regelungen in sachlicher und finanzieller Hinsicht zu bewerkstelligen.

Es drängt sich da der Verdacht auf, dass in typisch deutscher Gründlichkeit alle Veranstaltungen betroffen sein werden. Ein Schützenfest auf dem Dorfe ist keine Love-Parade mit eine Million Teilnehmer.

Wir möchten Sie bitten, Ihnen unsere Sorgen und Nöte in dieser Hinsicht in einem persönlichen Gespräch vortragen und Ihnen einige bereits jetzt aufgetretene Fälle schildern zu dürfen.“

Die Verbände hatten den Minister um diesen Termin gebeten, um über ihre Erfahrungen nach dem Unglück bei der Love-Parade teilweise aufgetretenen überzogenen Auflagen von Genehmigungsbehörden zu berichten.

Beim Gespräch mit Minister Jäger waren alle Seiten darüber einig, dass die Sicherheit von Teilnehmern und Gästen bei Veranstaltungen – gleich ob es sich um große oder kleine Veranstaltungen handelt - die höchste Priorität besitzen müsse.

Die Schützen schilderten dem Minister eine Reihe aus ihrer Sicht von weit überzogenen Auflagen, die im Nachgang der Love-Parade vorgekommen seien.

Hier zeigte u.a. der Major der Schützenbruderschaft Brilon als Ausrichter des Bundesfestes 2010 des Sauerländer Schützenbundes sehr anschaulich, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um zukünftig Brauchtumsveranstaltungen für ehrenamtliche Veranstalter noch durchführbar zu halten.

Die Schützenverbände forderten, dass ein solches Genehmigungsverfahren sowohl in verfahrenstechnischer wie in finanzieller Hinsicht einen für ehrenamtlich Tätige überschaubaren Aufwand nicht überschreiten dürfte. Zudem sei es äußerst wichtig, dass endlich rechtlich eindeutige und einheitliche Regelungen vom Gesetzgeber vorgegeben werden. Es gibt derzeit keine verlässliche Vorgabe, wie z.B. ein Sicherheitskonzept inhaltlich auszusehen habe.

Bundeschützenmeister Heinzgerd Dewies verwies darauf, dass die Mehrzahl der Schützenfeste erheblich geringere Teilnehmer und Besucherzahlen aufweise als die im Erlass vorgegebenen 5.000 und man verhindern müsse, dass Ordnungsbehörden nun hier überzogene Auflagen fordern würden.

Der Minister wies zunächst darauf hin, dass auf der Homepage des Innenministeriums www.im.nrw.de in der Rubrik Schutz und Sicherheit/Gefahrenabwehr alle relevanten gültigen Erlasse zum Thema abrufbar sind. Ihm sei ebenfalls eine Reihe von Fällen bekannt geworden, wo unverhältnismäßige Anforderungen gestellt worden seien. Er nannte hier beispielhaft die Forderung nach einem Hubschrauberlandeplatz bei einem kleinen Weihnachtsmarkt.

Das besondere Genehmigungsverfahren mit der Vorlage eines Sicherheitskonzeptes sei ausdrücklich nur bei Veranstaltungen mit mehr als 5.000 Besuchern vorgesehen.

Der Minister betonte hierbei ausdrücklich, dass die Erstellung eines solchen Sicherheitskonzeptes nicht zwingend durch externe Gutachter durchgeführt werden müssten. Das Sicherungskonzept kann demnach auch durch den Verein selber erstellt und z.B. in Abstimmung mit den zuständigen Dienststellen (Rettungsdienste, Ordnungsbehörden, Feuerwehr, Polizei) erarbeitet werden. Zudem gelte, dass das Sicherheitskonzept bei sich immer wiederholenden Veranstaltungen nur einmal erarbeitet werden muss und nur bei gravierenden Änderungen angepasst werden muss.

Zum Thema Großveranstaltungen wurde im Innenministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die mit Experten besetzt ist und Vorschläge erarbeiten soll. Zu gegebener Zeit sollen die betroffenen kommerziellen und ehrenamtlichen Veranstalter (z.B. Schützen, Karnevalisten, Veranstalter von Martinszügen und Weihnachtsmärkten) durch eine Anhörung beteiligt werden. Hierzu würden dann auch die Schützenverbände selbstverständlich einladen. Das Ziel ist die Verabschiedung allgemeingültiger Vorgaben, die weitgehende Rechtssicherheit für Veranstalter schaffen soll.

Mit dem Hinweis auf den Erlass stellte der Minister klar, dass das Sicherheitskonzept mit allen beteiligten Stellen einvernehmlich abzustimmen sei.

Der Minister bot hierzu folgendes an: Wenn Vereine der Auffassung sind, dass Auflagen gemacht würden, die entweder weit überzogen oder nicht durch den Erlass gedeckt scheinen, können diese sich an das Innenministerium wenden. Das Innenministerium wird

dann in Abstimmung mit der zuständigen Bezirksregierung die jeweilige Kommune um Stellungnahme bitten. (Kontaktadresse: Innenministerium NRW, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf)

Vertreter der NRW-Schützenverbände bei Innenminister Ralf Jäger:

Von links: Hans-Werner Beule (Vorsitzender Schützenverein Brilon im SSB), Karl Jansen (Bundesoberst SSB), Dieter Caspers (Geschäftsführer IGDS), Klaus Stallmann (Präsident WSB), NRW-Innenminister Ralf Jäger, Ralf Heinrichs (Bundesgeschäftsführer BHDS), Heinzgerd Dewies (Bundesschützenmeister BHDS), Dahmen (Vorsitzender IGDS), Helmut Schneider (Vizepräsident RSB), Martin Flecken (Neusser Bürgerschützenverein), Karl-Heinz van Eisern (Vizepräsident RSB),